

Haushaltsrede im Rat der Stadt Hemer 4. Juli 2012

Martin Gropengießer
Partei- und Fraktionsvorsitzender CDU-Hemer



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

„Die Finanzen sind (...) leider die Grundlage des privaten wie des politischen Lebens. Das Geld ist der Nerv des Staates, seine Einkünfte der Puls, an dem man seine Lebenskraft misst.“

Dieser finanzpolitische Grundsatz stammt aus der Feder des vielleicht berühmtesten preußischen Königs, Friedrich II., der schon zu Lebzeiten den Beinamen „der Große“ erhielt und der nicht zuletzt anlässlich seines 300. Geburtstages in diesem Jahr wieder verstärkt in den Fokus öffentlichen Interesses gerückt worden ist.

Beziehen wir den Vergleich des preußischen Königs auf unsere städtischen Finanzen, so lässt sich sagen, dass wenn das Geld der Nerv der Kommune sei, unsere Stadt in den letzten Jahren mehrere schwerwiegende Nervenzusammenbrüche hatte und wenn die Einnahmen der Puls seien, unser Hemer schon längst auf der Intensivstation liegen würde.

Nun könnte man meinen, dass zur Zeit Friedrichs II. die sog. preußische Tugenden – wie Sparsamkeit, Disziplin oder Fleiß – dazu beigetragen haben, dass die preußischen Staatsfinanzen nie klamm, sondern die Kassen in der Regel voll gefüllt waren. Im Umkehrschluss würde diese Interpretation bedeuten, dass wir heute weniger sparsam mit unseren städtischen Finanzen umgehen, was allerdings angesichts der Gesamtlage der Entwicklung der kommunalen Finanzen nicht zulässig ist – wie ich es im Folgenden ausführen werde.

Die nackten Zahlen sind erschütternd: Mehr als die **Hälfte der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden** konnten in 2010 und 2011 ihre Haushalte nicht ausgleichen. 142 Kommunen befinden sich derzeit dauerhaft im Nothaushaltsrecht, 35 von ihnen sind überschuldet oder werden in den nächsten 2 Jahren überschuldet sein. Die Summe der Liquiditätskredite beläuft sich aktuell auf mehr als 20 Milliarden Euro, mit der WL-Bank verwehrt ein erster großer Kreditgeber klammern Kommunen weitere Darlehen. Das strukturelle jährliche kommunale Defizit beträgt rund 2,85 Milliarden Euro, insgesamt hat die NRW-Kommunalverschuldung einen Umfang von fast 53 Milliarden Euro erreicht. Das sind keine preußischen, sondern mittlerweile griechische Verhältnisse in NRW!

Die Suche nach den Ursachen ist – so einfach und bequem es sich für uns Mitglieder der kommunalen Familie auch anhört - schnell gefunden: es liegt nicht an den hausgemachten Hemeraner Entscheidungen, sondern die Wurzel des Problems ist die Struktur der kommunalen Finanzen selbst. Dazu kommt der exorbitante Anstieg der städtischen Sozialleistungen durch Land und Bund ohne die Beachtung des **Konnexitätsprinzipes**. Ein Silberstreif am Finanzhimmel ist die von der Bundesregierung in den **Hartz-IV-Verhandlungen** gemachte Aussage, die Kosten der Grundversorgung im Alter ab 2012 zu 45% und ab 2014 zu 100% zu übernehmen. Gleiches gilt für die aktuell beschlossene **Einigung zum EU-Fiskalpakt**.

Die städtischen Finanzen befinden sich folglich in einem verheerenden Zustand: der städtische Haushalt produziert 2012 ein **Defizit von 9,7 Millionen Euro**. Wenn man bedenkt, dass daneben die Kreisumlage stetig steigt (2012 auf 19,7 Millionen Euro), dann weiß man sehr schnell, dass die Enden überhaupt nicht zusammenpassen. Gleiches gilt für weitere Pflichtausgaben, die uns Hemeraner selbst nicht betreffen. Hemer hat von 1991 bis einschließlich 2011 bereits über 21 (!) Mio EURO in den Fonds Deutscher Einheit bezahlt.

Dadurch ist nicht nur der finanzielle Gestaltungsspielraum eingeschränkt, nein, dadurch ist auch das höchste kommunale Gut, die kommunale Selbstverwaltung, gefährdet.

Um die strukturellen Probleme zu lösen, bedürfen wir der Hilfe der übergeordneten Gebietskörperschaften. Da ist das **Land NRW** ein wichtiger Ansprechpartner. Welche Hilfe erhalten wir aber in absehbarer Zeit vom Land? Seit der letzten Landtagswahl haben wir klare politische Verhältnisse und eine satte rot-grüne Mehrheit, die im Wahlkampf nimmer müde wurde, wenn es darum ging, den arg gebeutelten Kommunen eine Verbesserung ihrer finanziellen Misere zuzusagen. Was ist davon übrig geblieben?

Im **Koalitionsvertrag** erfahren wir, dass sich die Landesregierung „aufgrund des zunehmenden Bienensterbens (...) für die Förderung einer artgerechten Bienenhaltung einsetzen“ (Zeilen 3589 ff.) will. Das ist eine gute Idee, aber sie hat in einem Koalitionsvertrag nichts zu suchen. Wir erfahren weiter, dass die Landesregierung dafür sorgen will, dass „die in NRW verwendeten (...) Grabsteine mit den Kriterien des Fairen Handels in Einklang stehen“ (Zeilen 8158 ff.). Das ist auch eine gute Idee, weil ausbeutende Kinderarbeit nicht geduldet werden darf, aber in einem Koalitionsvertrag muss der Handel mit Grabsteinen nicht geregelt werden. Was wir nicht erfahren, ist, durch welche Rahmenbedingungen die Wettbewerbsfähigkeit des Industrie- und Energiestandortes gesichert werden soll und vor allem wie die kommunalen Finanzen und damit die kommunale Selbstverwaltung wieder gerettet werden kann.

Rot-grün will mit dem **Stärkungspakt** nur 61 Kommunen helfen, obwohl wir alle wissen, dass es derzeit 142 Kommunen mit einem Nothaushalt gibt. Das heißt, Frau Kraft lässt 81 Kommunen schlichtweg im Stich. Darüber hinaus sollen die gesunden Kommunen mit dem sog. „Kommunal-Soli“ nun auch noch krank gemacht werden. Laut Koalitionsvertrag sollen sie von 2014 bis 2030 insgesamt 1,36 Milliarden Euro aufbringen. Das sind 195 Millionen Euro pro Jahr, verteilt auf 50 bis 60 Kommunen, die im besten Sinne des ehrbaren Kaufmanns solide und gut wirtschaften und damit bestraft werden. So sieht keine ehrliche und das Problem lösende Hilfe aus.

Liebe **Frau Abgeordnete Blask**, wir bitten Sie ausdrücklich, die finanziellen Probleme der Stadt Hemer in Düsseldorf anzusprechen und an deren Lösung mitzuwirken. Das ist Ihre Aufgabe, dafür haben Sie die Bürgerinnen und Bürger vor kurzem gewählt. Leider habe ich von Ihnen zu dieser Thematik noch keine Stellungnahmen oder Positionen vernehmen können.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang und in Erwartung der anderen Haushaltsreden der Fraktionen auch daran, dass die CDU-Fraktion im Oktober 2011 einen **Resolutionsentwurf** zur Neustrukturierung der kommunalen Finanzordnung in die politische Beratung eingebracht hat, um als sichtbares Zeichen zumindest die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Problemlage zu fokussieren. Leider haben sich nicht alle Kolleginnen und Kollegen des Rates anschließen wollen oder können.

Kommen wir zurück nach Hemer. Ein Blick auf das vorgelegte HSK macht deutlich, dass wir uns in einer klassischen **Dilemma-Situation** befinden, in der wir lediglich auswählen können, welche Entscheidung weniger Schmerzen bereitet. Die vorgeschlagenen Erhöhungen im Bereich der Gewerbe- und Grundsteuer B sind heftig und qualvoll. Dass Hemer sich damit in bester Gesellschaft mit anderen Kommunen befindet, die z.T. noch drastischere Erhöhungen vornehmen (z.B. in der Grundsteuer B: Bergneustadt auf 900 Punkte, Dorsten und Selm auf 825 Pkt. oder Oer-Erkenschwick auf gar 1400 Punkte), ist nur ein schwacher Trost. Es tut verdammt weh und die CDU-Fraktion hat lange und intensiv diskutiert und mit dem Beschlussvorschlag gerungen. Wir wissen, dass wir damit die Belastbarkeit aller Bürgerinnen und Bürger sowie der Hemeraner Wirtschaft stark strapazieren.

Trotzdem ist die **Frage nach der Alternative** zu stellen. Die gibt es in Hemer nicht, solange Land und Bund uns weiter im Stich lassen. Die konsequenten Ausgabenkürzungen in allen Fachämtern und städtischen Budgets alleine helfen nicht, ein genehmigungsfähiges HSK zu erreichen. Selbst – auch wenn es nur eine hypothetische Überlegung darstellt – die komplette Schließung aller wichtigen Einrichtungen, wie Musikschule, Hademarebad und Bücherei, führt dazu, dass wir trotzdem um eine deutliche Einnahmenerhöhung (sprich Steuererhöhung) nicht herum kommen.

Nun könnte man als politische Entscheidungsträger auch resignieren und sich seinem Schicksal ergeben, also keinem Haushalt zustimmen. Falls der Rat heute keinen Haushaltsplan verabschiedet, gilt das **Nothaushaltsrecht** nach § 82 GO und **damit geben wir die letzten Reste der kommunalen Eigenständigkeit an andere Ebenen ab**. Zudem sind wir gesetzlich verpflichtet, einen HH aufzustellen. Ich denke, dass wir alle in Verantwortung vor unserem kommunalen Mandat, was dem Wohl der Stadt Hemer dienen soll, eine solche Entscheidung nicht ernsthaft in Erwägung ziehen können.

Wir werden auch in den kommenden Jahren weiter nach **intelligenten Konsolidierungskonzepten** suchen müssen. Dabei müssen wir als Rat uns auf die Faktoren konzentrieren, die wir direkt beeinflussen können. Wir sollten die Arbeit unserer HH-Gruppe fortschreiben und eine Strategie entwickeln, mit der wir Konsolidierungsfelder noch schärfer priorisieren. Wir sollten ferner weiter an die Differenzierung von Pflicht- und freiwilligen Aufgaben gehen, um weitere Einsparvolumen herauszufiltern. Und wir sollten im Prozess der HH-Planberatungen durchaus bereit sein, neue Wege einzuschlagen.

Eine **aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger** kann das Interesse und die Bewusstseinschärfung des Problems der kommunalen Finanzen herbeiführen. Ich habe genau diese Passage auch in der letzten HH-Rede formuliert. Die Verwaltung hat u.a. daraufhin auf der Internetpräsenz der Stadt Hemer eine Rubrik „Sparvorschläge aus der Bürgerschaft“ eingerichtet. Das Ergebnis ist ernüchternd: ganze 2 Vorschläge sind innerhalb eines Jahres eingetroffen. Das bedeutet, dass in der breiten Bürgerschaft das Bewusstsein und Interesse zum Thema Haushalt nicht existiert. Hier müssen wir die Bürgerschaft auch und gerade bei unpopulären Maßnahmen

verstärkt mit einbeziehen. Beispiele aus Solingen und Essen zeigen, dass bei einer professionellen Sensibilisierung der Bürger für Politik für HH-Entscheidungen – beispielsweise durch eine externe Moderation - Erwartungen, Befürchtungen und konkrete Meinungen mit aufgenommen und in die strategischen Maßnahmen integriert werden können. Das setzt aber zwingend voraus, dass auch Bürger und Bürgergruppierungen bereit sind, ihre **Brillen einzelner Partikularinteressen** abzusetzen.

Betrachtet man allerdings den **Ton der politischen Auseinandersetzung** in Hemer in den letzten Wochen, so findet man ein Bild, was zeigt, dass Einiges im Argen liegt und dass das Klima rauer wird. Ich möchte einmal einige Formulierungen, die als Reaktion von schulischen Interessensvertretungen auf den gemeinsamen Antrag der CDU, UWG und FDP zur Schulsituation in den Zeitungen (IKZ und Stadtspiegel) getätigt wurden, stellvertretend für den politischen Stil in Erinnerung rufen: „an den Rand schieben“, „Hinter verschlossenen Türen“, „Macht und Machtmissbrauch“, „Antrag durchpeitschen“, „Täuschung“, „mangelhafte Kenntnisse der Freizeitpolitiker und ehrenamtlichen Laien“, „Ausmerzen und wegstreichen“, „falsches Spiel“, „Schaden an Schülern, Ignorieren, Leugnen und Einschüchterungen“.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, **so funktioniert Demokratie nicht!** Wenn wir uns einsetzen, dann müssen wir das Große und Ganze im Blick haben, das sogenannten „Gemeinwohl“. Wir sollten im Übrigen in diesem Zusammenhang auch im Rat und Ausschuss schnellstmöglich und im Interesse der Lösung der Problemlage wieder zur Tagesordnung zurückkehren und uns um Argumente in der Sache kümmern. Ich möchte auch betonen, dass die Schul-Diskussion extreme Unterschiede zwischen den antragstellenden Fraktionen und der Hemeraner Sozialdemokratie aufzeigt, die sich zunehmend verhärten, aber dass auch deutliche Anknüpfungspunkte zur Fraktion der GAH erkennbar sind. Und in diesem Kontext finde ich es wirklich positiv, dass die Vertreter der Grünen im Schulausschuss – trotz der aus ihrer Sicht absolut verständlichen Kritik an dem Konzept – eine sachorientierte und problemlösende Haltung gezeigt haben, die vielleicht noch zu weiteren inhaltlichen Überschneidungen führen kann.

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen: In dieser Zeit fällt es nicht leicht, **Haushaltsplanberatungen in Hemer** durchzuführen.

Die Finanzen sind (...) leider die Grundlage des privaten wie des politischen Lebens. Das Geld ist der Nerv des Staates, seine Einkünfte der Puls, an dem man seine Lebenskraft misst.“

Diese Aussage Friedrichs II., die ich eingangs zitiert habe, stimmt nach wie vor. Und einen letzten Punkt gebe ich in diesem Zusammenhang noch zu bedenken. Solange wir keine strukturelle Lösung unserer finanziellen Misere erhalten, solange Bund und Land ihre Aufgaben nach unten abgeben wird die Stadt – und die Kommune ist das Herz des Staates, in der die Bürger vor Ort leben und arbeiten – langsam sterben. **Damit ist letztlich auch unser Gemeinwesen und unsere Demokratie gefährdet** – ich hoffe, dass diese Erkenntnis auch in Berlin und Düsseldorf endlich gesehen wird.

Dem Kämmerer und den Fachämtern sowie dem BM gilt unser Dank für die zügige, jederzeit transparente und seriöse Arbeit. Gleiches gilt für die interfraktionelle Arbeit in der HH-Sicherungsgruppe.

Die CDU-Fraktion wird dem HH und HH-Sicherungskonzept 2012 alternativlos zustimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.